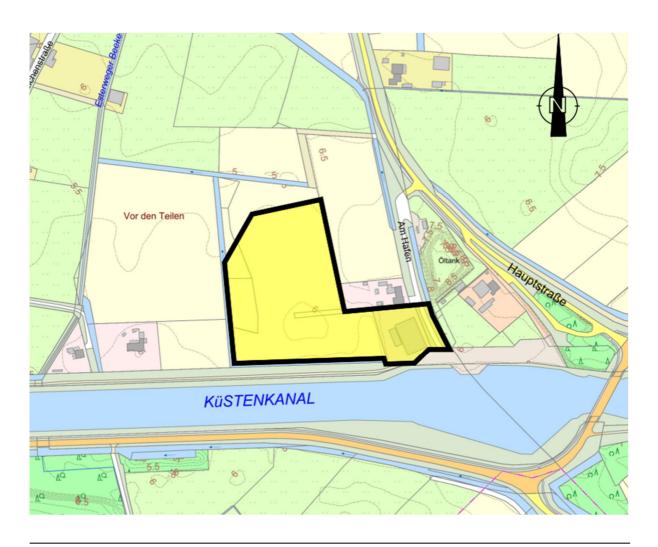


Entwässerungskonzept

für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 19 "Am Hafen - West", Gemarkung Bockhorst

im Ortsteil Bockhorst in der Samtgemeinde Nordhümmling, Landkreis Emsland



Büro für Geowissenschaften M&O GbR

Büro Spelle:Bernard-Krone-Str. 19, 48480 Spelle
Tel: 0 59 77 / 93 96 30
Fax: 0 59 77 / 93 96 36

e-mail: info@mo-bfg.de Internet: www.bfg-soegel.de



Erläuterungsbericht

zum Entwässerungskonzept

Bebauungsplans Nr. 19 ""Am Hafen - West", Gemarkung Bockhorst

Auftraggeber: Samtgemeinde Nordhümmling

Poststraße 13 26897 Esterwegen

Verfasser: Büro für Geowissenschaften

M&O GbR

Bernard-Krone-Straße 19

48480 Spelle

Bearbeiter: Dr. rer. nat. Mark Overesch

Projektnummer: 7757-2025

Datum: 13. Mai 2025

Inhalt

1	Ver	anlassung und Gegenstand der Planung	2
2	Ver	wendete Unterlagen	2
3	Sta	ndortverhältnisse	3
	3.1	Topografie	3
	3.2	Niederschlag	4
	3.3	Wasserschutz- und Überschwemmungsgebiete	4
	3.4	Altlasten	4
	3.5	Boden- und Grundwasser	4
	3.6	Versickerungsfähigkeit	7
	3.7	Belange des Wasserhaushalts	8
4	Erlä	uterung der Entwässerung	9
	4.1	Versickerung	9
	4.2	Vorbehandlung	10
5	Unt	erschrift der Bauherrin und der Verfasserin	11

1 Veranlassung und Gegenstand der Planung

Die Gemeinde Bockhorst der Samtgemeinde Nordhümmling plant die Ausweisung des neuen Bebauungsplanes Nr. 19 "Am Hafen - West".

Der im Rahmen der Bauleitplanung aufgestellte aktuelle Vorentwurf des Bebauungsplans vom 31.03.2025 (s. Anlage 2) sieht als bauliche Nutzung im Osten ein Gewerbegebiet vor. Hier ist die Erweiterung der Betriebsgebäude, Fahrwege und Stellflächen der Fa. Niehoff Konzeptbau vorgesehen. Der Bereich dieses Gewerbegebietes umfasst eine Gesamtfläche von insgesamt ca. 1.916 m² mit einer Grundflächenzahl von 0.8.

Im Westen der Fläche soll eine Photovoltaik-Freiflächenanlage errichtet werden. Der Bereich dieser PV-Anlage umfasst eine Gesamtfläche von ca. 29.571 m² mit einer Grundflächenzahl von 0,7.

Das Büro für Geowissenschaften M&O GbR, Spelle, wurde mit der Erstellung eines Konzeptes für die Niederschlagsentwässerung sowie des vorliegenden Erläuterungsberichtes beauftragt. Mit dem vorliegenden Konzept soll die Machbarkeit zur Entwässerung der Flächen hinsichtlich einer Versickerung in das Grundwasser aufgezeigt werden. Eine konkrete Planung der Entwässerung dieser Flächen ist jedoch erst im Rahmen der Bauantragsstellung darzulegen. Dabei soll das Niederschlagswasser auf den Grundstücken dezentral versickert werden. Hierzu werden im Rahmen der jeweiligen Bauantragsverfahren Anträge auf Erlaubnis gem. § 10 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) erforderlich werden.

2 Verwendete Unterlagen

Tabelle 1 fasst die für die Erstellung des vorliegenden Berichtes verwendeten Unterlagen zusammen.

Tabelle 1: Zur Erstellung des vorliegenden Entwässerungskonzeptes verwendete Unterlagen

Nr.	Unterlage	Datum	Verfasser, Quelle		
1	Topografische Karte, 1:25.000	-			
2	Bodenkarte von Niedersachsen, 1:50.000	-	LBEG (NIBIS Kartenserver)		
3	Geologische Karte von Niedersachsen, 1:25.000	-			
4	Niederschlagssumme der Jahre 1991-2020 als langjähriges Mittel	-			
5	Überschwemmungsgebiete	-	NLWKN		
6	Trinkwasserschutzgebiete	-	(Umweltkarten Niedersachsen)		
7	Vorentwurf Bebauungsplan	31.03.2025	DiplIng. Thomas Honnigfort		
8	Orientierendes Baugrundgutachten, Erschließung des Gewerbegebietes 'Am Hafen' in Bockhorst	24.05.2018	Büro für Geowissenschaften M&O GbR		

3 Standortverhältnisse

3.1 Topografie

Das betrachtete Areal wird aktuell landwirtschaftlich genutzt und liegt unmittelbar nördlich des Küstenkanals auf dem Gebiet der Gemeinde Bockhorst, Samtgemeinde Nordhümmling (s. Anlage 1, 2). Es umfasst folgende Flurstücke:

- Gewerbegebiet: Flurstück 63/4, 61/7 (teilw.), Flur 16, Gemarkung Bockhorst
- Sondergebiet: Flurstück 61/7 teilw.), 52/1, 58/8 (teilw.) und 73/1, Flur 16, Gemarkung Bockhorst

Bei dem Flurstück 63/4 im Gewerbegebiet handelt es sich um die bereits bebaute Fläche der Firma Niehoff.

Südlich, westlich und nördlich des Sondergebietes verlaufen Entwässerungsgräben welche d. 150 m westlich des Sondergebietes in die Esterweger Beeke münden. Bei de Esterweger Beeke handelt es sich um ein Gewässer II. Ordnung (Gewässerkennzahl 3862) sowie um ein nach WRRL berichtspflichtiges Gewässer (Wasserkörper DE_RW_DENI_04030).

Die Geländehöhe liegt im Bereich der betrachteten Flächen etwa zwischen 5 und 6 mNHN (s. Unterlage 1, Tab. 1).

3.2 Niederschlag

Die durchschnittliche jährliche Niederschlagssumme beträgt vor Ort etwa 803 mm (NIBIS, Unterlage 4).

3.3 Wasserschutz- und Überschwemmungsgebiete

Die betrachtete Fläche liegt laut Unterlagen 5 und 6 (s. Tab. 1) außerhalb von Trinkwasserschutz- und Trinkwassergewinnungsgebieten (WSG) sowie (vorläufig gesicherten) Überschwemmungsgebieten. Nördlich grenzt das Überschwemmungsgebiet der Esterweger Beeke an die Fläche des Bebauungsplanes.

3.4 Altlasten

Die Flächen des betrachteten Bebauungsplanes sind nach Angaben des Landkreises Emsland Altstandorte und Altlastenverdachtsflächen im Sinne Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) eingestuft. Im Osten grenzen die Altstandorte ,Tanklager Rheinbraun Brennstoff GmbH (Gemarkung Bockhorst, Flur 15, Flurstück 27/11) und der Altstandort Asphaltmischwerk Muesing (Anlagen Nr. 454 004 5 000 0002, Gemarkung Bockhorst, Flur 15, Flurstück 23/61, 25/12) an die Flächen. Aufgrund des hier zu erwartenden Belastungsspektrums, der bereits durchgeführten Altlastenuntersuchungen sowie der hydrogeologischen Standortbedingungen ist nicht zu erwarten, dass diese Altstandorte einen relevanten Einfluss auf das Gebiet des betrachteten Bebauungsplanes ausüben (s. Stellungnahme Büro für Geowissenschaften, 27.03.2025). Es kann entsprechend davon ausgegangen werden, dass eine Gefährdung des Grundwassers durch eine Versickerung des Niederschlagswassers vor Ort nicht zu erwarten ist.

3.5 Boden- und Grundwasser

Laut Geologischer Karte 1:25.000 Blatt 2911 Burlage ist das untersuchte Areal im Tiefenbereich von 0 bis 2 m unter Geländeoberkante (GOK) geprägt von fluviatil abgelagerten Feinsanden (mittelsandig, z.T. schwach grobsandig) aus dem Weichsel-Glazial, die bereichsweise von holozänen Hochmoorbildungen (Schwarztorf, Weißtorf) überdeckt werden.

Entsprechend der Bodenübersichtskarte 1:50.000 Blatt 2910 Papenburg ist im Untersuchungsgebiet Erd-Hochmoor zu erwarten.

Der mittlere Grundwasserspiegel ist im Untersuchungsgebiet entsprechend der Hydrogeologischen Karte 1:50.000 Blatt 2910 Papenburg bei ca. >5,0 bis 7,5 mNHN zu erwarten. Aus der Geländehöhe von ca. 5 bis 6 mNHN folgt ein mittlerer Grundwasserflurabstand von ca. 0 bis 1 m.

Die Boden- und Grundwasserverhältnisse am betrachteten Standort wurden im Rahmen eines Orientierenden Baugrundgutachtens geprüft (s. Bericht Büro für Geowissenschaften, 24.05.2018). Hierzu wurden 6 Rammkernsondierungen (RKS 1 bis 6) bis in eine Tiefe von 6 m unter GOK durchgeführt. Die Profile der Rammkernsondierungen sowie der Lageplan mit den Sondierstandorten und dem zur Einmessung der relativen Höhen genutzten Festpunkt (OK Asphalt Hauptstraße Bereich Einmündung Feldweg) sind in Anlage 3 beigefügt. Es ist zu beachten, dass die Sondierungen eine exakte Aussage über die Baugrundschichtung nur für den jeweiligen Untersuchungspunkt bieten. Schichtenfolge und Schichtmächtigkeiten können zwischen den Untersuchungspunkten von den beschriebenen Verhältnissen abweichen.

In den durchgeführten Rammkernsondierungen wurde bis in eine Tiefe von mind. 0,40 m unter GOK (RKS 5) bis max. ca. 0,85 m unter GOK (RKS 1) ein schwach schluffiger, schwach mittelsandiger, humoser Feinsand aufgeschlossen. Darunter folgen bis zur Aufschlussendtiefe fluviatile Feinsande (mittelsandig bis schwach mittelsandig, schluffig bis schwach schluffig, z.T. mit humosen und holzigen Einschlüssen).

In den Aufschlussbohrungen RKS 3, RKS 4 und RKS 5 wurde im Tiefenbereich von ca. 0,5 unter GOK bis max. ca. 1,6 m unter GOK (RKS 4) ein mäßig zersetzter Torf vorgefunden.

In den Rammkernsondierungen RKS 1, 2 und 3 wurde unterhalb einer Tiefe von rd. 2 m unter GOK ein schluffiger, schwach feinsandiger Ton erbohrt, der in der Aufschlussbohrung RKS 2 bis zur Aufschlussendtiefe von ca. 6 m unter GOK ansteht. In den Aufschlussbohrungen RKS 1 und 3 weist der Ton dagegen nur eine Schichtstärke von ca. 0,2 m auf.

Der am 09.05.2018 in den Bohrlöchern der Rammkernsondierungen gemessene Grundwasserspiegel ist in nachfolgender Tabelle 2 aufgeführt. Er wurde hier zwischen rd. 1,0 und 1,3 m unter GOK angetroffen. Bezogen auf den in Anlage 3 gezeigten Höhenfestpunkt lag der Grundwasserspiegel zwischen -2,2 und -2,7 m rel. Höhe.

Eine einheitliche räumliche Tendenz war zum Zeitpunkt der Untersuchungen nicht zu erkennen. Erfahrungsgemäß ist anzunehmen, dass der südlich an die betrachtete Fläche angrenzende Küstenkanal sowie die das Gebiet des Bebauungsplanes umschließenden Gräben eine ausgleichende Wirkung auf den Grundwasserspiegel ausüben und daher nur eine rel. geringe Grundwasseramplitude von weniger als 1,0 m auftritt. Dies bestätigt die in Anlage 4 beigefügte Ganglinie der Grundwassermessstelle des NLWKN "Surwold".

Tabelle 2: Lage des Grundwasserspiegels

Messpunkt	Lage des G (0	MHGW, prognostiziert			
-	[m unter GOK]	[m rel. l	löhe ^a]	[mNHN]	
RKS 1	1,04	-2,61			
RKS 2	1,11	-2,53			
RKS 3	1,07	-2,17	-2,5 b	-2,1	
RKS 4	1,28	-2,49			
RKS 5	1,06	-2,72			

MHGW = mittlerer Grundwasserhochstand

Infolge der jahreszeitlichen Schwankungen des Grundwasserspiegels sind Aussagen zum maximal bzw. minimal zu erwartenden Grundwasserspiegel ausschließlich nach Langzeitmessungen in geeigneten Messstellen möglich. Eine Auswertung der Daten der NLWKN-Grundwassermessstelle "Surwold", welche sich 3 km westlich und ebenfalls rel. nah am Küstenkanal befindet, zeigt, dass hier der am 09.05.2018 gemessene Grundwasserspiegel 0,4 m unter dem mittleren Grundwasserhöchststand (MHGW) lag (s. Anlage 4). Es ist daher davon auszugehen, dass auch im Bereich der betrachteten Flächen der MHGW etwa 0,4 m über den am 09.05.2018 ermittelten Grundwasserspiegelhöhen und damit bei 0,6 bis 0,9 m unter GOK bzw. im Mittel bei -2,1 m bezogen auf den Höhenfestpunkt liegt.

Oberhalb der stellenweise anstehenden Torfe, welche als Wasserstauer fungieren (s.u.), muss temporär mit dem Auftreten von Schichtwasser, und in den Torfen mit dem Auftreten von Moorwasser gerechnet werden.

Im Rahmen des Baugrundgutachtens wurde der Durchlässigkeitsbeiwert (k_f -Wert) der im Bereich der betrachteten Fläche anstehenden mittelsandigen, schwach schluffigen Feinsande, wenn bei der vorliegenden Körnung möglich, auf Grundlage der gemessenen Korngrößenzusammensetzung möglich nach BEYER abgeleitet. Er liegt zwischen 4,0 x 10⁻⁵ und 5.5 x 10⁻⁵ m/s.

^a unter dem Höhenfestpunkt (s. Anlage 3)

^b Mittelwert

•		•	•			
Bezeichnung der Probe	Entnahme- standort	Entnahmetiefe [m unter GOK]	Bodenart	k _f nach BEYER [m/s]		k _i [m/s]
2712-2018- KA-01	RKS 1	1,00 bis 2,15	Feinsand, mittelsandig, schwach schluffig	_a	-	
2712-2018- KA-02	RKS 1	2,35 bis 6,00	Feinsand, mittelsandig	5,5 x 10 ⁻⁵		
2712-2018- KA-03	RKS 2	0,60 bis 1,20	Feinsand, mittelsandig, schwach schluffig	4,1 x 10 ⁻⁵	5 x 10 ⁻⁵	5 x 10 ^{-6 b}
2712-2018- KA-04	RKS 4	1,60 bis 2,40	Feinsand, mittelsandig, schwach schluffig	4,0 x 10 ⁻⁵		
2712-2018- KA-05	RKS 5	1,30 bis 2,30	Feinsand, mittelsandig, schwach schluffig	_ a	-	

Tabelle 3: Ergebnisse der Körnungsanalysen der untersuchten Bodenproben

Die aus der Korngrößenverteilung abgeleiteten Durchlässigkeitsbeiwerte sind zur Ableitung der Infiltrationsrate (k_i) gem. DWA-A 138-1 (DWA, 2024) für die Bemessung von Versickerungsanlagen zu korrigieren. Die Variationsbreite der anstehenden Sande wurde mit den durchgeführten Untersuchungen hinreichend genau erfasst. Der in der DWA-A 138-1 vorgesehene Korrekturfaktor f_{Ort} kann daher mit 1,0 angesetzt werden. Der methodenbedingte Korrekturfaktor f_{Methode} ist gem. DWA-A 138-1 bei einer Ableitung der Wasserdurchlässigkeit aus Kornsummenkurven mit 0,1 anzusetzen. Für die Bemessung der Versickerungsanlage wurde so für die vor Ort anstehenden Sande ein k_i-Wert von 5 x 10⁻⁶ m/s abgeleitet (s. Tab. 3).

Die stellenweise oberflächennah bis max. 1,6 m Tiefe in den Sondierungen angetroffenen Torfe weisen erfahrungsgemäß eine gesättigte Wasserleitfähigkeit von ≤ 1 x 10^{-7} m/s und fungieren damit als Wasserstauer. Gleiches gilt für die stellenweise in unterschiedlichen Tiefen angetroffenen bindigen Böden aus Schluff und schluffigem Ton.

3.6 Versickerungsfähigkeit

Nach DWA-A 138-1 ist zwischen der Sohle von Versickerungsanlagen und dem mittleren Grundwasserhochstand (MHGW) i.d.R. eine Sickerstrecke von ≥ 1,0 m einzuhalten. Zudem sollte auch zwischen der Sohle einer Versickerungsanlage und einer wasserstauenden Schicht ein Abstand von mind. 1,0 m eingehalten werden.

Bei einer angenommenen rel. Höhe des MHGW von -2,1 m unter dem Höhenfestpunkt (s. Abschn. 3.5) muss die Sohle der Versickerungsanlagen entsprechend bei ≥-1,1 m rel. Höhe

^a aufgrund der Korngrößenzusammensetzung keine Ableitung des k_f-Wertes nach Beyer möglich

^b gem. DWA-A 138-1 aus k_f mit Faktor 1,0 (f_{Ort}) und 0,1 (f_{Methode}) berechnet

liegen, um diese Sickerstrecke zu gewährleisten. Die Fläche ich daher im Bereich von Versickerungsanlagen voraussichtlich durch einen Bodenauftrag aufzuhöhen. Hierzu sind ausreichend wasserdurchlässige Sande ohne Schadstoffanreicherungen zu verwenden (Materialklasse BM-0 gem. Ersatzbaustoffverordnung (MantelV, 2021)).

Unter Versickerungsanlagen sind die stellenweise oberflächennah auftretenden Torfe vollständig zu entfernen und durch wasserdurchlässige Sande der Materialklasse BM-0 zu ersetzen. Zudem sollten bindige Bodenmaterialien unter Versickerungsanlagen entfernt werden, wenn sie oberhalb des mittleren Grundwasserhochstandes (MHGW) bzw. im Bereich bis 1,0 m unter der Sohle der Anlage auftreten.

Es ist zu beachten, dass es bei einem Vorliegen wasserstauender Bodenmaterialien unter von Versickerungsanlagen zu einem lateralen Abfluss von Schichtwasser und ggf. zu einer Gefährdung unterirdischer Bauwerksbereiche (z.B. Keller) kommen kann.

Aufgrund der vorliegenden Bodenverhältnisse ist zu empfehlen, die Standorte von Versickerungsanlagen durch einen Sachverständigen auf Grundlage ergänzender Sondierungen oder Schürfe auf wasserstauende Bodenmaterialien zu prüfen. Es ist auszuschließen, dass es bei einem alleinigen Bodenaustausch unter der Versickerungsanlage zu einem seitlichen Zufluss von Schichtwasser aus dem Seitenraum in die eingebrachten Sande und damit zu einer Einschränkung der Versickerungsfähigkeit kommt.

Bei der Dimensionierung von Versickerungsanlagen kann wie in Abschnitt 3.5 erläutert für die anstehenden Sande eine Infiltrationsrate (k_i) gem. DWA-A 138-1 von 5 x 10⁻⁶ m/s angesetzt werden. Wird unter der Versickerungsanlage eine ≥1,0 m mächtige Schicht aus Füllsand eingebaut, kann ggf. die aus dem k_f-Wert des Füllsandes bzw. des humosen Oberbodens abgeleitete Infiltrationsrate angesetzt werden.

3.7 Belange des Wasserhaushalts

Im Hinblick auf den Wasserhaushalt sollte Niederschlagswasser nach Möglichkeit auf den Grundstücken versickern oder verdunsten, in ein Oberflächengewässer eingeleitet und erst, wenn dies nicht möglich ist, im Trennverfahren abgeleitet werden.

Um den Belangen des Wasserhaushalts gerecht zu werden, sollen alle versiegelten Flächen im Bereich des Bebauungsplanes über eine Versickerung in das Grundwasser entwässert werden. Eine Versickerung vor Ort ist im Hinblick auf die Boden- und Grundwasserverhältnisse möglich (s. Abschn. 3.5), erfordert jedoch im Falle einer Versickerung in Versickerungsanlagen voraussichtlich eine Aufhöhung der Flächen und einen Bodenaustausch (s. Abschn. 3.6).

4 Erläuterung der Entwässerung

4.1 Versickerung

Die Entwässerung der unbelasteten Niederschlagswassers soll im Hinblick auf die Grundwasserneubildung und den Gewässerschutz im Geltungsbereich des betrachteten Bebauungsplanes über eine Versickerung in das Grundwasser erfolgen. Hinsichtlich der Art der Versickerung wird wie im Folgenden beschrieben zwischen dem Gewerbegebiet (Versickerung in Versickerungsanlagen) und dem Sondergebiet (ungezielte Versickerung) unterschieden.

Gewerbegebiet

Die Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers im Gewerbegebiet soll in Versickerungsanlagen erfolgen. Hierzu sind die Flächen im Bereich der Anlagen wie in Abschnitt 3.6 beschrieben aufzuhöhen. Auch die zu entwässernden Flächen sind in Abhängigkeit von der Art der gewählten Einleitung in die Versickerungsanlagen (über die Oberfläche / über Grundrohrleitungen) aufzuhöhen.

Eine Versickerung in oberirdischen Versickerungsanlagen (Mulden, Becken, Flächenversickerung) ist gem. DWA-A 138-1 einer Versickerung in unterirdischen Anlagen (z.B. Rigolen) vorzuziehen.

Die Versickerungsanlagen sind nach DWA-A 138-1 iterativ für ein Regenereignis mit einem Wiederkehrintervall von mindestens fünf Jahren mittels aktueller KOSTRA-Niederschlagsdaten zu dimensionieren.

Sondergebiet

Die PV-Module werden i.d.R. an in den Boden eingerammten Metallprofilen befestigt. Unter den Modulen liegt unversiegelter Boden vor. Der Niederschlagsabfluss der Module versickert ungezielt durch den unversiegelten Boden unter und neben den Modulen. So lange keine befestigten Fahrwege o.Ä. in relevantem Umfang angelegt werden, entspricht die Entwässerung der Flächen hier annähernd dem Ausgangszustand. Daher und im Hinblick auf die nicht zu erwartende Verschmutzung des Niederschlagsabflusses der PV-Module (s. Abschnitt 4.2) kann aus Sicht des Verfassers auf eine Aufhöhung des Geländes durch Bodenauftrag sowie einen hydraulischen Nachweis der Versickerung im Sondergebiet verzichtet werden.

4.2 Vorbehandlung

Gewerbegebiet

Das Niederschlagswasser ist vor der Versickerung in einer Versickerungsanlage im Gewerbegebiet gem. Vorgaben der DWA-A 138-1 vorzubehandeln. Die Art der Vorbehandlung hängt im Falle der Dachflächen von dem gewählten Material und im Falle der sonstigen versiegelten Flächen von der nutzungsbedingten Verschmutzung ab.

Die Vorbehandlung sollte möglichst über die bewachsene Bodenzone erfolgen. Hierzu ist in den Versickerungsanlagen je nach hydraulischer Belastung der Anlage bzw. Verschmutzung der Flächen eine mind. 20 cm oder mind. 30 cm mächtige Schicht aus humosem Oberboden einzubauen. Diese ist durch eine Ansaat zu begrünen.

Der humose Oberboden muss gem. DWA-A 138-1 folgende Anforderungen erfüllen:

- Schlämmkorn-Massenanteil (Ton- und Schluffanteil) ≤ 20 %
- Massenanteil an organischer Substanz 1 % bis 4 %
- pH-Wert 6 bis 8
- minimale Durchlässigkeit (k_i): 5 x 10⁻⁶ m/s (s. Abschnitt 3.6)
- maximale Durchlässigkeit (k_i): 1 x 10⁻⁴ m/s

Der vor Ort anstehende Oberboden erfüllt diese Anforderungen teilweise, aber nicht in allen geprüften Bereichen. Stellenweise liegt der Schlämmkornanteil über dem o.g. Sollwert und z.T. wird das Soll für den organischen Anteil aufgrund von Torfbeimengungen überschritten. Daher sollte der vor Ort anstehende Oberboden vor einem Einbau in Versickerungsanlagen durch einen Sachverständigen hinsichtlich der Eignung geprüft werden.

Die Größe der Versickerungsanlage ist auch im Hinblick auf die Vorbehandlung des Niederschlagswassers gem. Vorgaben aus DWA-A 138-1 in Abhängigkeit der Größe der angeschlossenen Fläche und der Oberbodenstärke festzulegen.

Alternativ zu einer Vorbehandlung über die bewachsene Bodenzone kann eine Vorbehandlung über dezentrale Behandlungsanlagen erfolgen. Dies ist z.B. bei einer Versickerung in unterirdischen Anlagen erforderlich (z.B. Rigolen). Die Behandlungsanlagen sind gem. DWA-138-1 zu planen.

Sondergebiet

Aufgrund der Art der zugelassenen PV-Elemente ist keine Belastung des Niederschlagsabflusses zu erwarten und damit auch keine über die Passage des Sickerwassers durch den vorhandenen, bewachsenen Oberboden hinaus gehende Vorbehandlung erforderlich.

5 Unterschrift der Bauherrin und der Verfasserin

Ort, Datum	Bauherrin
,	(Gemeinde Bockhorst)
Spelle, 13.05.2025	Alexandr
Ort, Datum	Verfasser
	(M&O, Dr. Mark Overesch)

Literatur

DWA (2024): Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser – Teil 1: Planung, Bau, Betrieb. Arbeitsblatt DWA-A 138-1. Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V., Hennef.

MANTELV (2021): Verordnung zur Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung, zur Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und zur Änderung der Deponieverordnung und der Gewerbeabfallverordnung vom 11.06.2021.

Anlagen

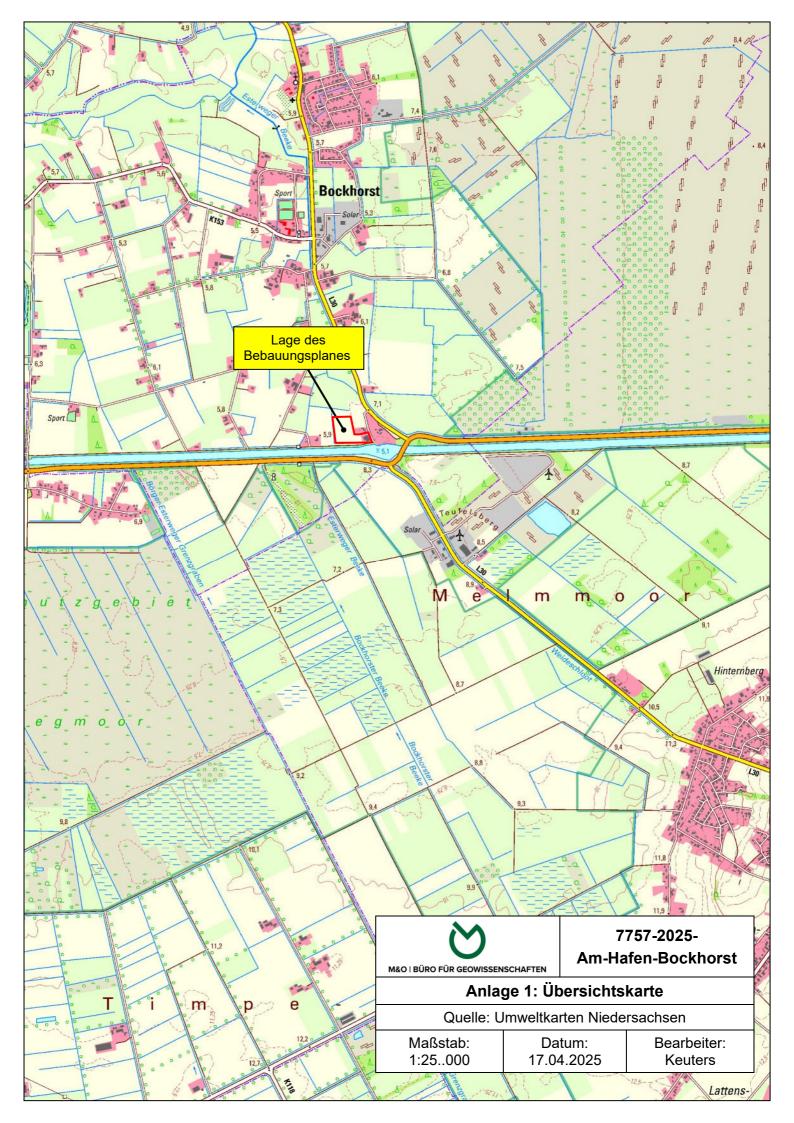
Anlage 1 Übersichtskarte

Anlage 2 Lageplan

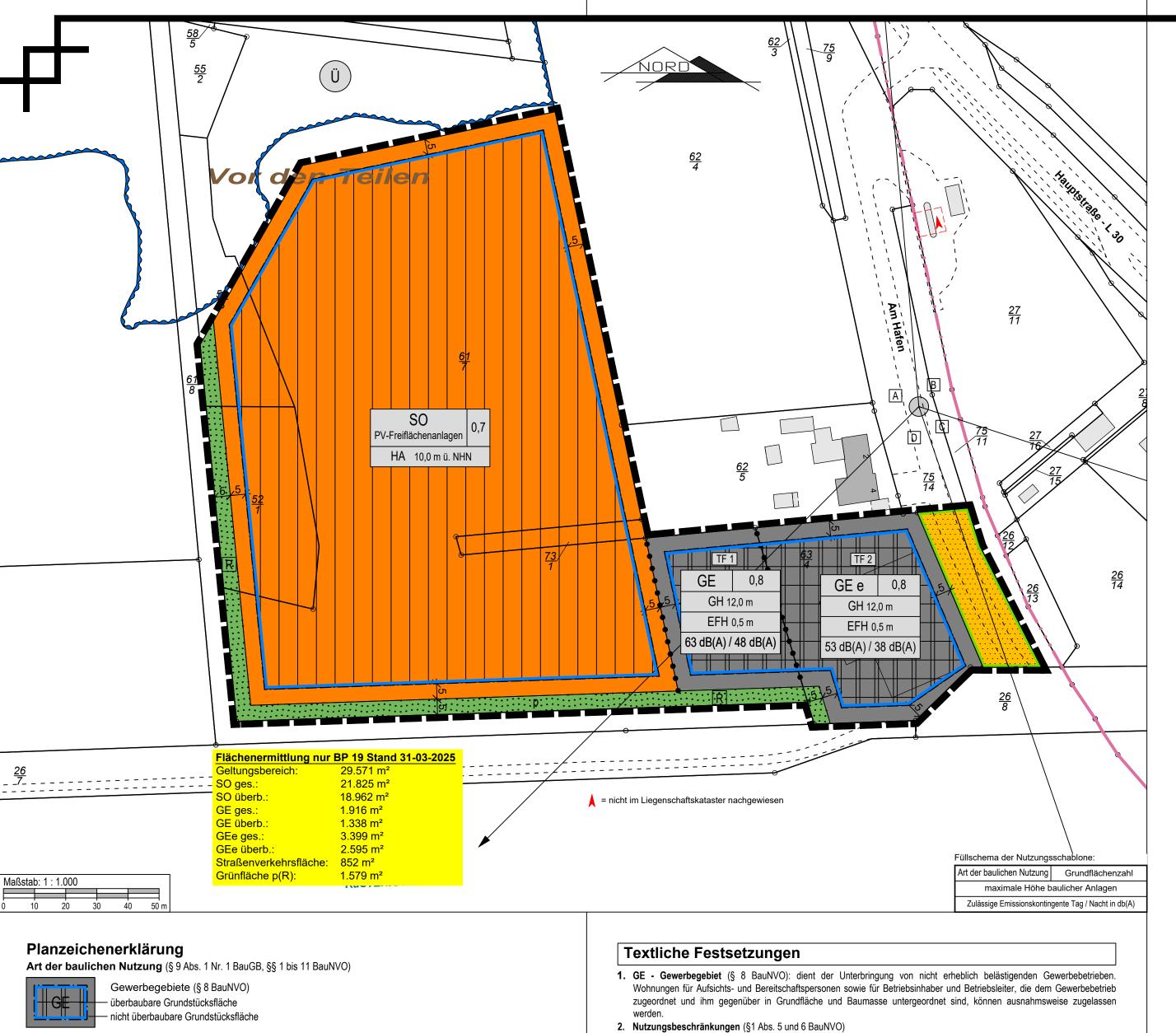
Anlage 3 Auszug Orientierendes Baugrundgutachten

Anlage 4 Ganglinie NLWKN-Referenzmessstelle ,Surwold'

Anlage 1: Übersichtskarte



Anlage 2: Lageplan





eingeschränkte Gewerbegebiete (§ 8 BauNVO) überbaubare Grundstücksfläche - nicht überbaubare Grundstücksfläche



Sonstige Sondergebiete (§ 11 BauNVO); Zweckbstimmung: PV-Freiflächenanlagen - überbaubare Grundstücksfläche - nicht überbaubare Grundstücksfläche

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

Grundflächenzahl

GH 12.0 m Gebäudehöhe in m, als Höchstmaß EFH 0,5 m

Erdgeschosfussbodenhöhe in m, als Höchstmaß HA 10,0 m ü. NHN Höhe baulicher Anlagen in m ü. NHN, als Höchstmaß

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO) **Baugrenze**

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)



Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)



Zweckbestimmung: Räumstreifen für die Gewässerunterhaltung

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes (§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)

Nachrichtliche Darstellung



Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses



Überschwemmungsgebiet

Teilfläche gem. Schalltechnische Untersuchung TF 1 - TF 2 Richtungssektor gem. Schalltechnische Untersuchung

A - D

Zulässige Emissionskontingente Tag / Nacht in db(A)



Bezugspunkt für die Richtungssektorgrenzen (DIN 45691)

Richtungssektorgrenze der Lärmzusatzkontingente zu den Emissionskontingenten (DIN 45691) ---- Fahrbahnkante It. AK 5

2.1. Im Gewerbegebiet (GE) sind Vergnügungsstätten im Sinne des § 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO bzw. im Sinne des § 6 Abs. 2 Nr. 8 und Abs. 3 BauNVO i.V.m. § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO nicht zulässig. Hierzu zählen insbesondere auch Bordelle, Dirnenunterkünfte, bordellartig betriebene Massageclubs oder -salons und vergleichbare Einrichtungen.

2.2 Nutzungsbeschränkungen gemäß § 1 (5) BauNVO - Einzelhandel: Im Gewerbegebiet (GE) sind Einzelhandelsbetriebe und sonstige Gewerbebetriebe für den Verkauf an letzte Verbraucher nicht zulässig.

2.3 Verkaufsflächen für den Verkauf an letzte Verbraucher (§ 1 (5) und (9) BauNVO): Im Gewerbegebiet (GE) sind abweichend von der Regelung in 2.2 Verkaufsflächen von Handwerks-, Produktions- und Dienstleistungsbetrieben für den Verkauf an Endverbraucher zulässig, wenn

- sie in einem räumlichen und betrieblich funktionalen Zusammenhang zum eigenen Handwerks-, Produktions- und Dienstleistungsbetrieb stehen, keine nahversorgungs- und zentrenrelevanten Sortimente der "Sortimentsliste Esterwegen" (siehe Textliche

Festsetzung Nr. 2.4) verkauft werden und die Verkaufsfläche dem restlichen Betrieb in ihrer Größe wesentlich untergeordnet ist und 100 m² nicht überschreitet.

2.4 Sortimentsliste ("Sortimentsliste Esterwegen" gemäß Fortschreibung Einzelhandelskonzept Gemeinde Esterwegen, Entwurfsfassung Stand Juni 2019):

Nahversorgungsrelevante Sortimente · Nahrungs- und Genussmittel, Reformwaren

• Drogerieartikel - Körperpflege, Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel

 Pharmazeutische Artikel, Arzneimittel Schnittblumen und kleinere Pflanzen

· Zeitungen und Zeitschriften

Zentrenrelevante Sortimente Parfümerie- und Kosmetikartikel

Uhren, Schmuck

 Optische und akustische Artikel · Medizinisch-orthopädischer Bedarf

· Papier- und Schreibwaren, Bürobedarf

 Lederwaren, Koffer und Taschen • Haus- und Heimtextilien (u.a. Stoffe, Kurzwaren, Gardinen und Zubehör)

Bekleidung, Wäsche

 Bücher Spielwaren

Schuhe

• Sportbekleidung und -schuhe Glas, Porzellan und Keramik, Hausrat

Foto und Zubehör

• Antiquitäten, Kunstgegenstände, Bilder, Bilderrahmen • Baby-/ Kleinkinderartikel (ohne Kinderwagen, Kindersitze)

• Computer und Kommunikationselektronik, einschließlich Zubehör 3. Maximale Höhe des Erdgeschossfußbodens (§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO): Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens (EFH) im Gewerbegebiet (GE) darf nicht mehr als 0,5 m über dem Bezugspunkt liegen. Bezugspunkt für die Begrenzung der Höhe des Erdgeschossfußbodens (EFH) ist die Oberkante der ausgebauten Straße "Am Hafen", gemessen in der Mitte der Fahrbahn

und in der Mitte der Straßenfront vor dem jeweiligen Grundstück. 4. Maximale Gebäudehöhe (§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO): Die maximale Gebäudehöhe (GH = Firsthöhe) im Gewerbegebiet (GE) beträgt, gemessen ab Oberkante der ausgebauten Straße "Am Hafen", gemessen in der Mitte der Fahrbahn und in der Mitte der Straßenfront vor dem jeweiligen Grundstück, 12,0 m. Ausgenommen von der maximalen Höhe der baulichen Anlagen sind Schornsteine, Antennen und Förderanlagen bis zu einer Höhe von 20 m.

5. Maximale Höhe baulicher Anlagen im Sondergebiet (SO) mit der Zweckbestimmung PV-Freiflächenanlagen (§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO): Die Höhe baulicher Anlagen im Sondergebiet (SO) mit der Zweckbestimmung PV-Freiflächenanlagen darf 10,0

6. Sonstige Sondergebiete (SO) (§ 11 BauNVO) mit der Zweckbstimmung PV-Freiflächenanlagen: Im sonstigen Sondergebiet (SO) (§ 11 BauNVO) mit der Zweckbestimmung PV-Frei- flächenanlagen ist die Erichtung und der Betrieb freistehender (gebäudeunabhängiger) Photo- voltaikmodule und zugehöriger Nebenanlagen (z.B. Trafostationen) zulässig.

7. Emissionskontingente: Zulässig sind Vorhaben (Betriebe und Anlagen) deren Geräusche die in der folgenden Tabelle angegebenen Emissionskontingente L_{I K} nach DIN 45691 weder tags (6.00 h - 22.00 h) noch nachts (22.00 h - 6.00 h) überschreiten:

Teilfläche L_{EK, tags} L_{EK, nachts} 63 48 53 38

Für die im Plan dargestellten Richtungssektoren A bis D erhöhen sich die Emissionskontingente LEK um folgende Zusatz-

Sektor	Anfang	Ende	EK, zus. T	EK, zus. N
Α	255	355	1	1
В	355	108	0	0
С	108	161	1	1
D	161	255	0	0

Im baurechtlichen oder immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ist die planungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens (Betrieb oder Anlage) zu prüfen. Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691, Abschnitt 5, wobei in den Gleichungen (6) und (7) für die Immissionsorte j im Richtungssektor k das Emissionskontingent L_{EK}; der einzelnen Teilflächen durch $L_{EK,i} + L_{EK,zus,K}$ zu ersetzen ist.

Als Referenzpunkt für die Richtungssektoren gelten:

Bezugspunkt (UTM) X= 32404843,56 m Y= 5874999,37 m

Für ein Vorhaben ist somit zu überprüfen, ob die für das Betriebsgrundstück zugeordneten Emissionskontingente, durch die gemäß TA-Lärm berechneten Beurteilungspegel sämtlicher vom Vorhaben ausgehenden Geräusche an den benachbarten Immissionsorten eingehalten werden.

Nachrichtliche Übernahme und sonstige Hinweise (§ 9 Abs. 6 BauGB)

1. Die im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes liegenden Flächen sind wegen der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bewirtschaftung der anliegenden Flächen mit daraus resultierenden, zeitweise auftretenden Geruchsbelästigungen vorbelastet. 2. Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie den jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland. Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist der

Landkreis Emsland. Anlieger von Stichstraßen müssen ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Abfuhrfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitstellen. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, sind diese unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde, der Gemeinde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen (§ 14 Abs. 1 NDSchG). Bodenfunde und Fundstellen sind bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige

unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet (§ 14 Abs. 2 NDSchG). Tel.-Nr. der Unteren Denkmalschutzbehörde: (05931) 44-2173 oder (05931) 4. Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften können im Rathaus der Samtgemeinde Nordhümmling (Poststraße 13, 26897

Esterwegen), zu den üblichen Dienststunden eingesehen werden. 5. Von der Bundestraße B 401 und der Landesstraße L 30 "Hauptstraße" gehen erhebliche Emissionen aus. Für die geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutzes geltend gemacht werden.

6. Die Bauflächenvorbereitungen sind nur außerhalb der Brutzeit der Freiflächenbrüter, d.h. nicht in der Zeit vom 01.März bis zum 30.September, durchzuführen. Bei vorzeitigem Baubeginn ist eine ökologische Baubegleitung durchzuführen. Eventuell erforderliche Rodungsarbeiten und sonstige Gehölzarbeiten (Rückschnitt, Umsetzungen, usw.) sind auf das unumgängliche Maß zu beschränken und gemäß § 39 BNatSchG nur außerhalb der Zeit gehölzbrütender Vogelarten und außerhalb der Quartierzeit der Fledermäuse (also nicht in der Zeit vom 01.März bis zum 15.November) durchzuführen. Zu einem anderen Zeitpunkt ist unmittelbar vor Maßnahmenbeginn durch eine ökologische Baubegleitung sicherzustellen (Begehung der Planfläche und Absuchen nach potenziellen Nestern), dass keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erfüllt werden. Zur Vermeidung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 BNatSchG ist vor der Fällung von potenziellen Höhlenbäumen von fachkundigem Personal zu prüfen, ob die Bäume von Fledermäusen genutzt werden.

7. Ordnungswidrig handelt gemäß § 213 BauGB in Verbindung mit § 80 Abs. 3 NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Festsetzungen bzw. Örtlichen Bauvorschriften dieses Bebauungsplanes zuwiderhandelt. Als Tatbestand gilt die Nichteinhaltung der im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen bzw. Örtlichen Bauvorschriften. Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 213 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 80 Abs. 5 NBauO mit Geldbußen geahndet werden.

8. Die Lage der Versorgungsleitungen (Strom, Gas, Telekommunikation, Wasser, Abwasser, Ferngas, Höchstspannungsleitung, Richtfunklinien) ist den jeweiligen Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen; die notwendigen Schutzvorkehrungen und Nutzungsbeschränkungen sind zu beachten. Vor Beginn der Bauausführung sind mit den jeweiligen Leitungsträgern die erforderlichen Abstimmungsgespräche zu führen und der Beginn der Bauausführung zu koordinieren.

9. Die Zuwegung und Aufstell- und Bewegungsflächen der Feuerwehr sind gemäß §§ 1 und 2 der Allgemeinen Durchführungsverordnung zur Niedersächsischen Bauordnung (DVO-NBauO) herzustellen.

Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Bockhorst diesen Bebauungsplan Nr. 19 "Am Hafen -West", bestehend aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen und der Begründung nebst Anlagen in der Sitzung am _____ als Satzung beschlossen.

ckhorst, den	 		

Verfahrensvermerke

Bürgermeister

Auftragsnummer: 240057

Aufstellungsbeschluss

_ die Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 19 "Am Der Rat der Gemeinde Bockhorst hat in seiner Sitzung am _____ Hafen - West" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am _____ _ ortsüblich bekannt gemacht.

Bockhorst, den Bürgermeister

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte Maßstab: 1 : 1000 Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung

LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachser Regionaldirektion Osnabrück -Meppen ©2024

Planunterlage erstellt von: Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur Dipl.-Ing. Bernd Haarmann

Forst-Arenberg-Str. 1 26892 Dörpen Tel.: 04963-919170

e-mail: info@vermessung-haarmann.de

Gemarkung: Bockhorst Flur: 16

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 31.01.2024). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei

Dörpen, den __._. ÖbVI Haarmann, Dörpen (Amtliche Vermessungsstelle)

Planverfasser

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von: THOMAS HONNIGFORT Bauleitplanung · Erschließungsplanung · Landschaftsplanung · Freiraumplanung · Projektmanagement Nordring 21 * 49733 Haren (Ems)

Tel.: 05932 - 50 35 15 * Fax: 05932 - 50 35 16

Haren (Ems), den _____

Planverfasser

(Unterschrift

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

frühzeitig und öffentlich über die Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB Die Öffentlichkeit ist am

unterrichtet worden. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom __ gemäß § 4 Abs. 1 BauGB unterrichtet worden und zu einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Bürgermeister

(einschließlich) gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Internet öffentlich zur Verfügung und haben während

Veröffentlichung im Internet bzw. Öffentliche Auslegung dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. Der Rat der Gemeinde Bockhorst hat in seiner Sitzung am

19 "Am Hafen - West" und der Entwurfsbegründung nebst Anlagen zugestimmt und die öffentliche Auslegung / Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der Veröffentlichung im Internet sowie der öffentlichen Auslegung wurden mit Bekanntmachung vom ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 19 "Am Hafen - West" und die Entwurfsbegründung nebst Anlagen sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen standen vom _

dieser Zeit zusätzlich öffentlich ausgelegen. Gleichzeitig sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt worden.

Bockhorst, den _____ Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Bockhorst hat den Bebauungsplan Nr. 19 "Am Hafen - West" nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am ______ als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die

Bockhorst, den _____

Inkrafttreten Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 19 "Am Hafen - West" ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am _ im Amtsblatt Nr. _____ des Landkreises Emsland bekannt gemacht worden.

Der Bebauungsplan Nr. 19 "Am Hafen - West" ist damit am ____ __ rechtsverbindlich geworden.

Bockhorst, den

Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 19 "Am Hafen - West" sind Verletzungen von Vorschriften gemäß § 215 BauGB i.V.m. § 214 Abs. 1-3 BauGB gegenüber der Gemeinde nicht geltend gemacht worden. Entsprechende Verletzungen oder Mängel werden damit unbeachtlich.

Bockhorst, den ____

Begründung nebst Anlagen beschlossen.

Bockhorst, den

Bürgermeister

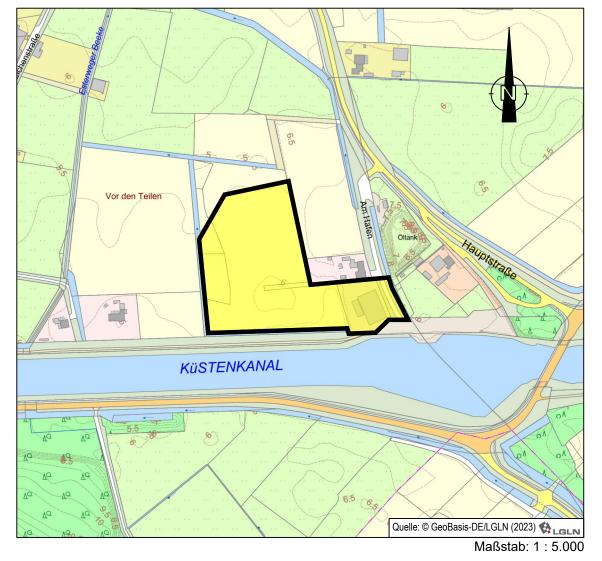
Bürgermeister



Bebauungsplan Nr. 19

"Am Hafen - West", Gemarkung: Bockhorst

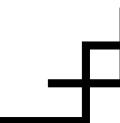
-Vorentwurf-



Stand: 31.03.2025

Der Bebauungsplan wurde ausgearbeitet von:





Anlage 3: Auszug Orientierendes Baugrundgutachten



Dipl.-Geograph Ingo-Holger Meyer &
Dr. rer. nat. Mark Overesch

Beratende Geowissenschaftler BDG und Sachverständige

Orientierendes Baugrundgutachten

Projekt: 2712-2018

Erschließung des Gewerbegebietes "Am Hafen" in 26897 Bockhorst

Auftraggeber: Gemeinde Bockhorst

Kirchstraße 20 26897 Bockhorst

Auftragnehmer: Büro für Geowissenschaften

M&O GbR

Bernard-Krone-Straße 19

48480 Spelle

Bearbeiter: Dipl.-Geogr. Ingo-Holger Meyer

Beratender Geowissenschaftler BDG

Dipl.-Geol. Sven Ellermann

Datum: 24. Mai 2018

Büro für Geowissenschaften M&O GbR

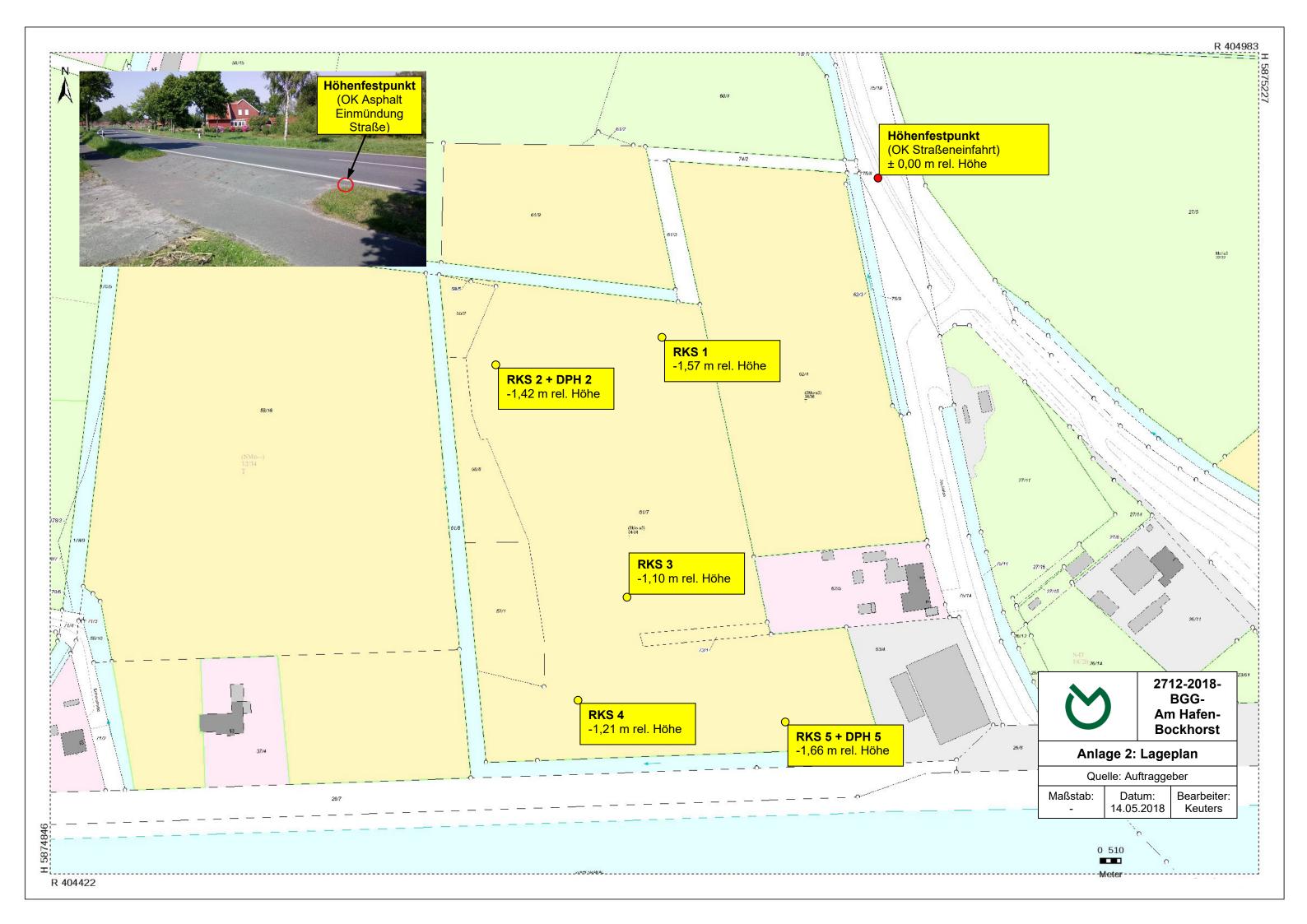
Büro Spelle:

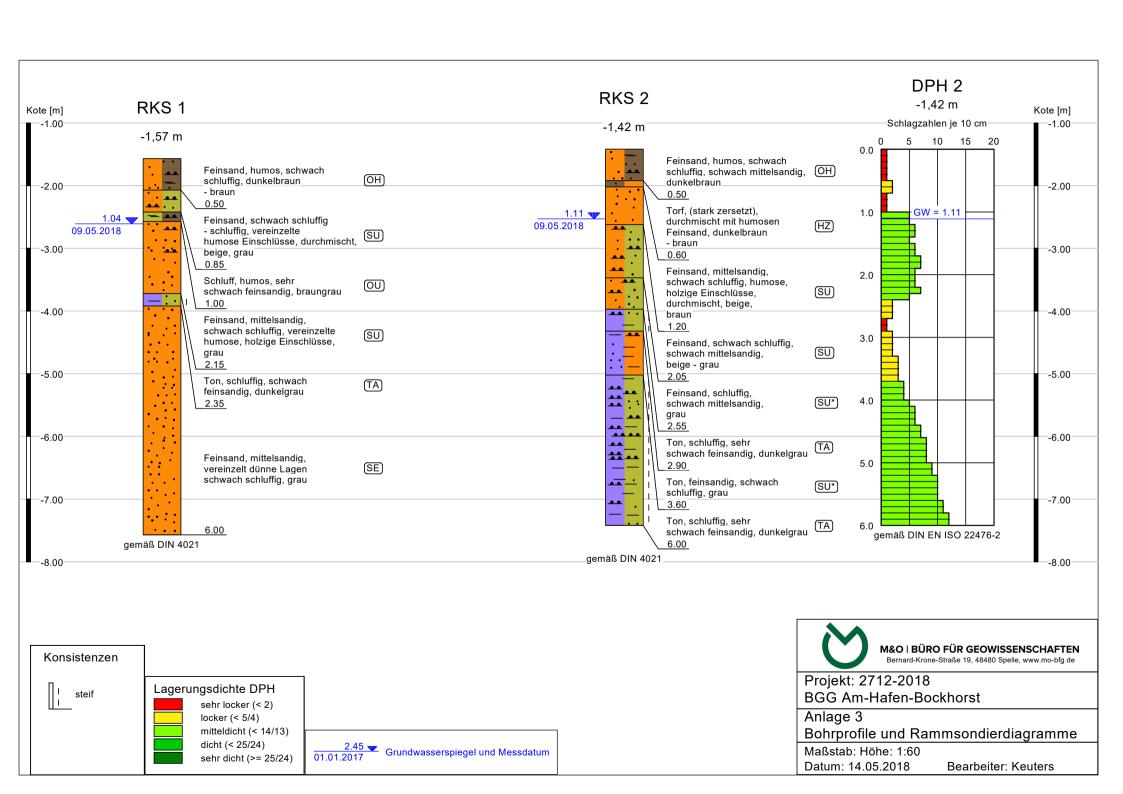
Bernard-Krone-Str. 19, 48480 Spelle Tel: 0 59 77 / 93 96 30 Fax: 0 59 77 / 93 96 36

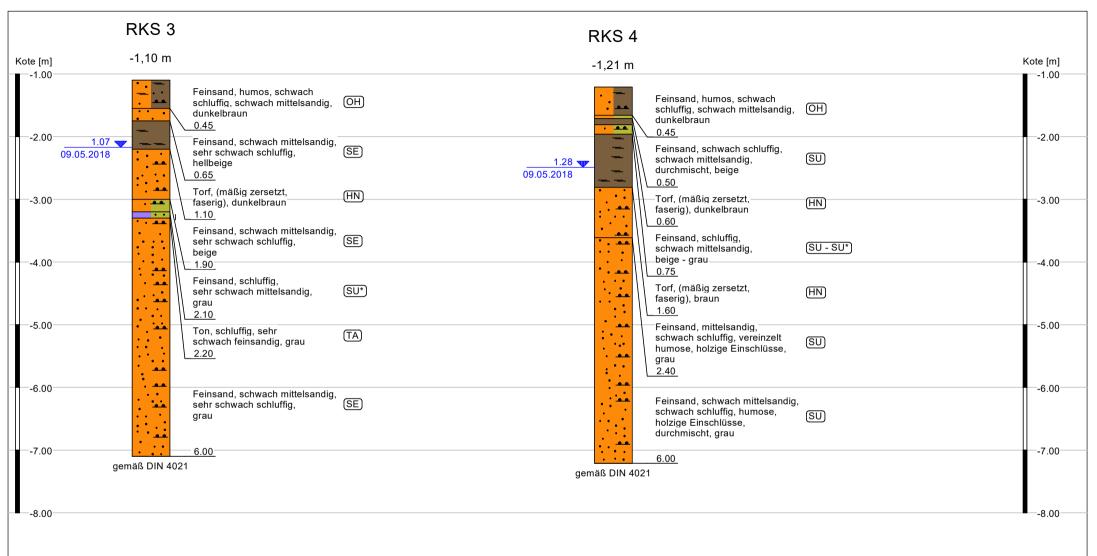
e-mail: info@mo-bfg.de Internet: www.mo-bfg.de Büro Sögel:

Zum Galgenberg 7, 49751 Sögel Tel: 0 59 52 / 90 33 88 Fax: 0 59 52 / 90 33 91

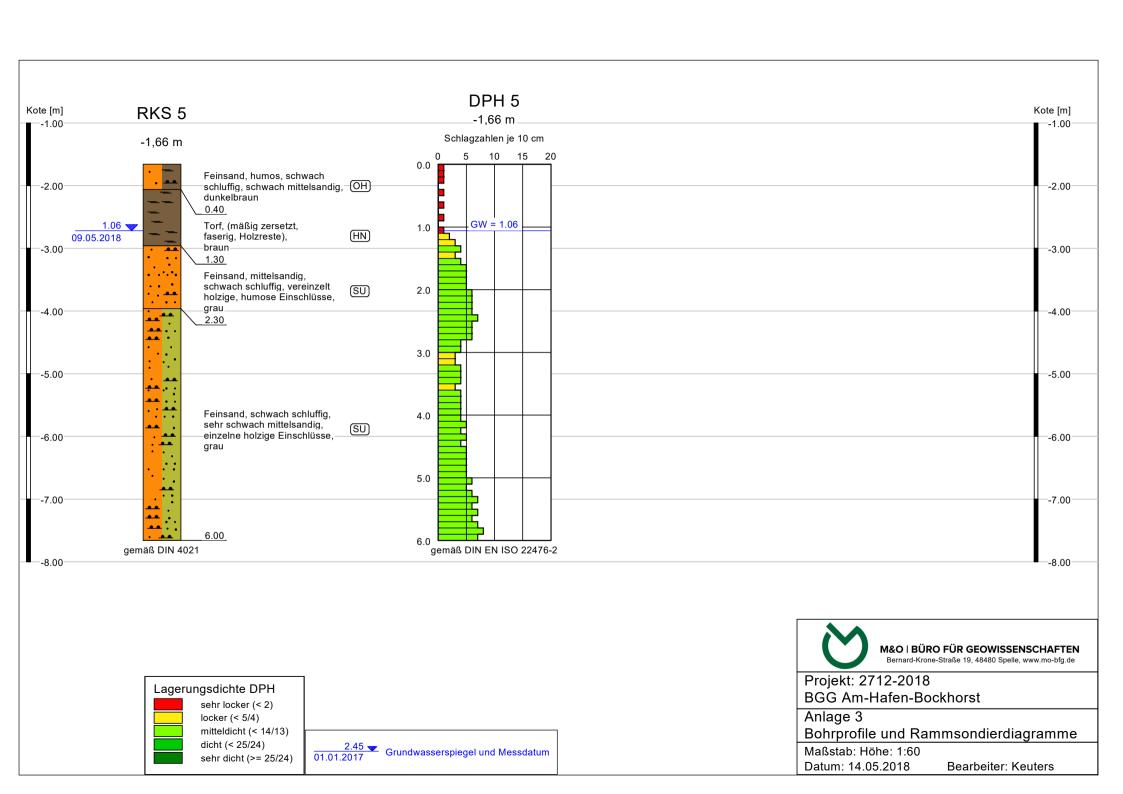
Die Vervielfältigung des vorliegenden Berichtes in vollem oder gekürztem Wortlaut sowie die Verwendung zur Werbung ist nur mit unserer schriftlichen Genehmigung zulässig.













k [m/s] (Beyer):

Entnahmestelle:

Cu/Cc

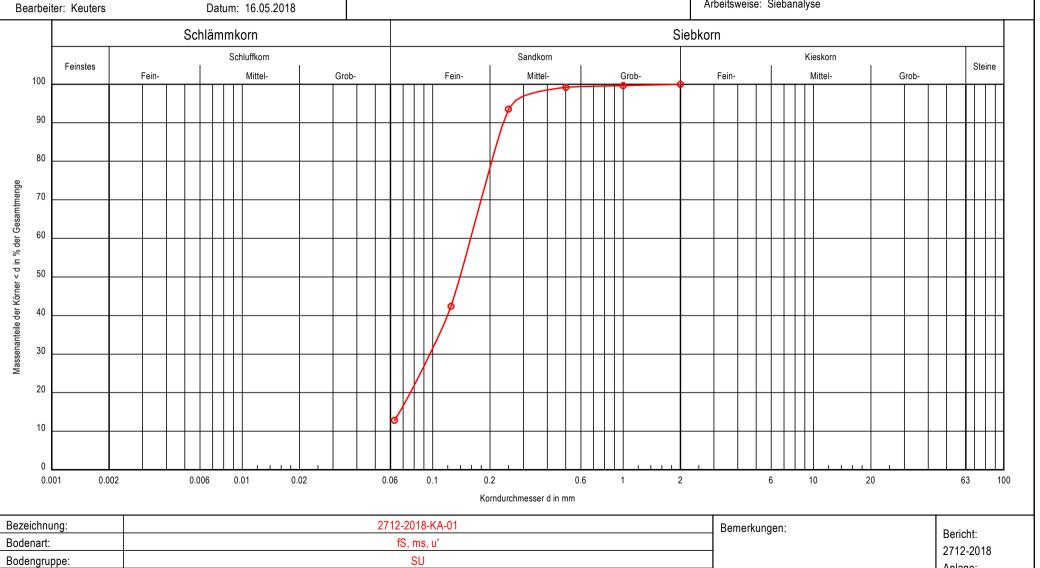
Körnungslinie

DIN 18123

Prüfungsnummer: 2712-2018-KA-01 Probe entnommen am: 09.05.2018

Anlage:

Art der Entnahme: gestört Arbeitsweise: Siebanalyse



RKS 1; 1,0 bis 2,15 m unter GOK

8	М&О	BÜRO FÜR G	EOW J	/ISSENS	CHAFTEN
Bearbeiter:	Keuters			Datum:	16.05.2018

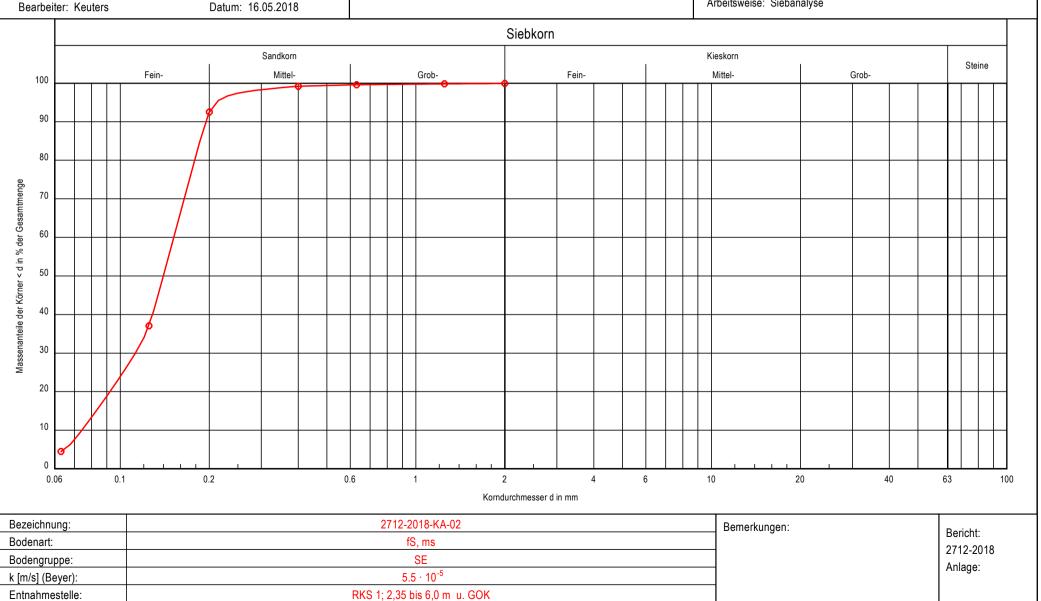
Cu/Cc

Körnungslinie

DIN 18123

Prüfungsnummer: 2712-2018-KA-02 Probe entnommen am: 09.05.2018

Art der Entnahme: gestört Arbeitsweise: Siebanalyse



2.0/1.1



k [m/s] (Beyer):

Entnahmestelle:

Cu/Cc

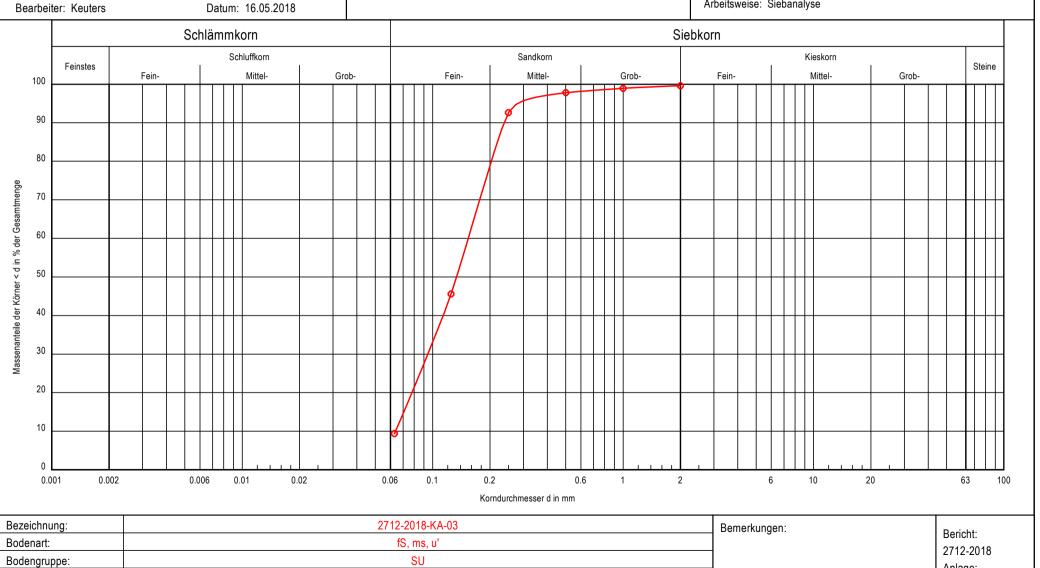
Körnungslinie

DIN 18123

Prüfungsnummer: 2712-2018-KA-03 Probe entnommen am: 09.05.2018

Anlage:

Art der Entnahme: gestört Arbeitsweise: Siebanalyse



 $4.1 \cdot 10^{-5}$

RKS 2; 0,6 bis 1,2 m unter GOK

2.4/0.9



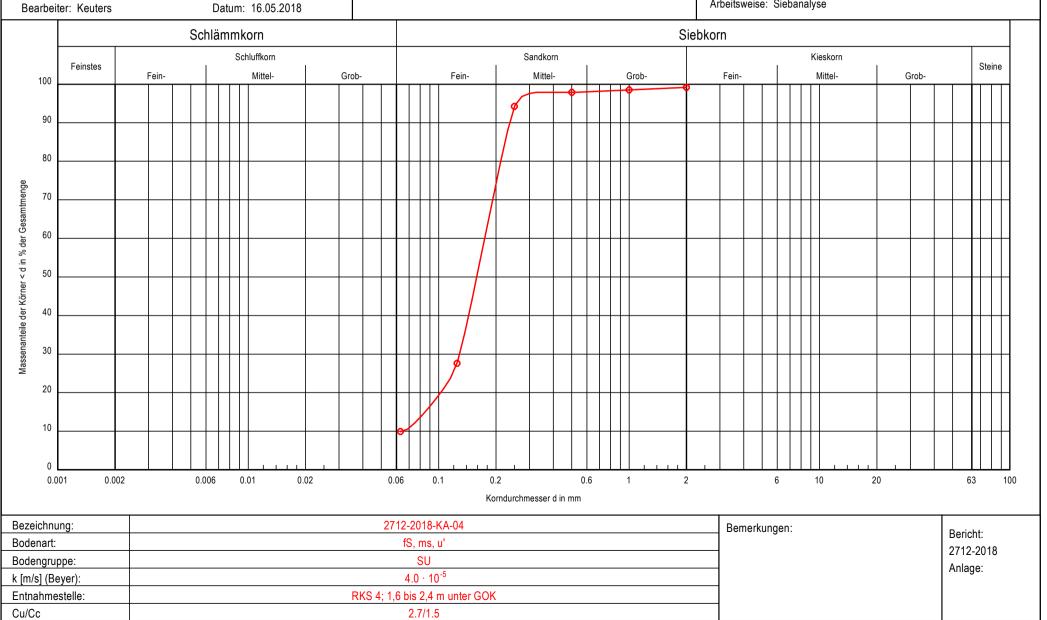
Körnungslinie

DIN 18123

Prüfungsnummer: 2712-2018-KA-04 Probe entnommen am: 09.05.2018

Art der Entnahme: gestört

Arbeitsweise: Siebanalyse





Bodengruppe:

k [m/s] (Beyer):

Entnahmestelle:

Cu/Cc

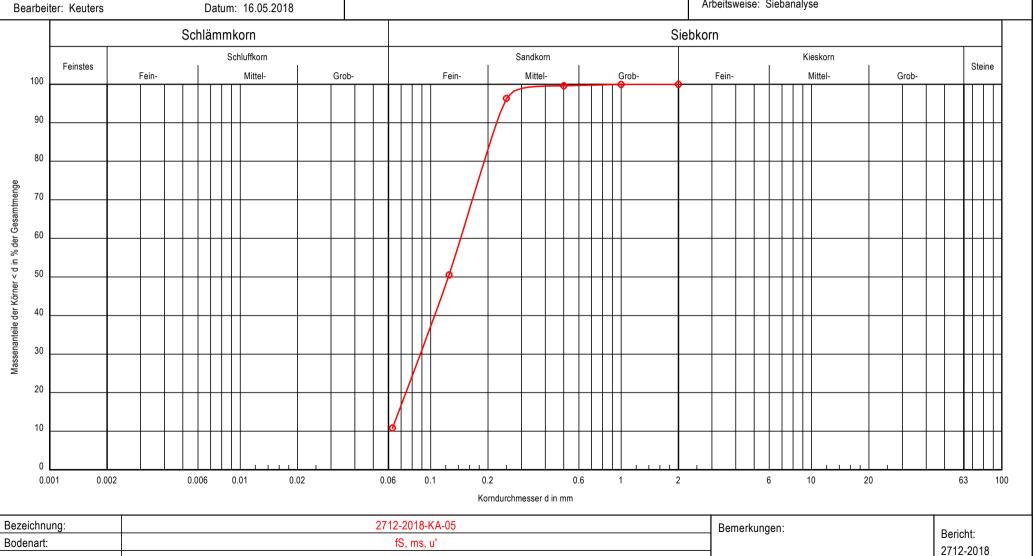
Körnungslinie

DIN 18123

Prüfungsnummer: 2712-2018-KA-05 Probe entnommen am: 09.05.2018

Anlage:

Art der Entnahme: gestört Arbeitsweise: Siebanalyse



SU

RKS 5; 1,3 bis 2,3 m unter GOK

Anlage 4: Ganglinie NLWKN-Referenzmessstelle ,Surwold'

Verlauf Grundwasserspiegelhöhe NLWKN Messstelle "Surwold", 01/2007 bis 12/2018



